

Betriebsgruppe Uni Hohenheim

| Infoblatt 4 | Juni 2018 |



ver.di

25€ im Monat fürs Parken an der Uni – Nicht mit uns!

Nach dem Beschluss der grün-schwarzen Landesregierung vom 5.3.2018 soll das Parken an der Uni nicht mehr kostenlos sein, sondern künftig 25€ im Monat kosten. Man wolle durch die neuen Gebühren bisherige „Fehlanreize für eine gesundheitsschädliche motorisierte Individualmobilität“ verringern, heißt es. Und man wolle „die Beschäftigten zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel bewegen“.

Die Zielsetzung mag richtig sein, es ist jedoch falsch, Beschäftigte und Studierenden zur Kasse zu bitten. Das Land

zahlt wesentlich geringere Gehälter als viele Unternehmen und die Uni hat heute schon Schwierigkeiten, Fachkräfte zu bekommen. Die Einführung einer **Parkgebühr käme einer indirekten Gehaltskürzung gleich** und Studierenden würden zusätzlich finanziell belastet.

Ein Schritt in die richtige Richtung war der damalige Beschluss der Landesregierung, das Jobticket mit 25€ monatlich zu bezuschussen. Aber war das alles? Die Tarife des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Groß-



**Offenes Treffen der ver.di-Betriebsgruppe Hohenheim
für gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch Interessierte**

**Jeden 2. Dienstag im Monat
in der Vereinsgaststätte des KV Plieningen
Im Wolfer 32, 70599 Stuttgart**

Komm vorbei!

raum Stuttgart sind mit die teuersten in ganz Deutschland, da sind 25€ nicht gerade üppig.

Es ist sinnvoller, den ÖPNV attraktiver zu machen. Dazu gehören zunächst Zugausfälle und Verspätungen zu verringern. Wer täglich mit Bus und Bahn nach Hohenheim fährt, kann ein Lied davon singen, dass mit zwei bis drei Störungen, Verspätungen und Zugausfällen pro Woche gerechnet werden muss. Hinzu kommt, dass morgens und abends die U-Bahnen und Busse so überfüllt sind, dass es schwierig sein kann einen Sitzplatz zu bekommen. Wenn alle Pendler*innen, die heute mit dem Auto kommen, umsteigen würden, bedeutete das den Kollaps des derzeitigen ÖPNV. Viele Uni-Angehörige, die gar nicht einmal so weit weg wohnen, haben eine schlechte öffentliche Anbindung und fahren deshalb mit dem Auto.

Die Umweltbelastung auch durch die Verringerung des Autoverkehrs zu senken, ist dringend notwendig. Die Frage ist nur: Wie kommt man dahin? Eine isolierte Maßnahme ist mit Sicherheit nicht erfolgversprechend. Hier sind intelligentere Konzepte gefragt, als nur an der Gebührenschaube zu drehen. Es gilt, die Kapazitäten zu erhöhen, Fahrpreise zu senken und den ÖPNV besonders auch

im Umland auszubauen. Auch fehlen Querverbindungen aus den angrenzenden Landkreisen, so dass immer der Umweg über die „Stuttgarter City“ gefahren werden muss. An der Uni werden Abstellmöglichkeiten benötigt, um Fahrräder, Pedelecs und E-Bikes diebstahlsicher unterzubringen. Es müssen Umkleieräume und Duschen vorhanden sein, für die, die mit dem Fahrrad kommen. Die Vorgaben für das Jobticket müssen flexibler gestaltet werden. Viele Kolleg*innen würden das Fahrrad bei schönem Wetter nutzen, müssen aber für das ganze Jahr/den ganzen Monat ihr Jobticket bezahlen und, wie momentan geplant, zukünftig zusätzlich auch noch für das ganze Jahr die Gebühren für einen Uni-Parkplatz.

Wie soll das den Umstieg befördern?

Wir wünschen uns von der Landesregierung, anstelle einer Politik der Verordnung von oben herunter, zu einer Politik des Miteinander zu kommen. Das bedeutet in erster Linie zuerst die Betroffenen einmal zu fragen, was aus ihrer Sicht sinnvoll wäre und ihren Bedürfnissen entspricht. Denn nur so wird es gelingen, im Interesse der Umwelt zu den besten Lösungen mit der größtmöglichen Akzeptanz zu kommen.

Bezahlen fürs Parken? Nicht unter diesen Bedingungen!